

## **Rede des Landrats zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans 2017 im Kreistag des Bodenseekreises am 15. November 2016**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der zweite Haushalt mit doppischer Buchführung. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: Ich habe mich noch nicht wirklich an die neue Darstellung gewöhnt. Wobei ja nicht die Optik das Entscheidende ist: Vielmehr soll der Kreistag durch die Doppik die Finanzen des Landkreises stärker zielorientiert führen. Ich denke, dass wir erst in einigen Jahren werden sagen können, ob das wirklich der Fall ist. Derzeit bauen wir noch an den Feinheiten eines Berichtswesens, das Ihnen genau diese Aufgabe noch erleichtern soll. Jedenfalls haben wir durch das neue Haushalts- und Rechnungswesen weder mehr noch weniger Geld in der Kasse. Apropos mehr Geld: Die öffentliche Hand nimmt in diesem und im nächsten Jahr deutlich mehr Geld ein als erwartet: Beim Land Baden-Württemberg sind dies 2016 330 Mio. Euro und im nächsten Jahr sogar 346 Mio. Euro. Ob es da das richtige politische Zeichen ist, wenn die Landesregierung beabsichtigt, im kommenden Jahr den Vorwegabzug beim Finanzausgleich um 250 Mio. Euro zu erhöhen? Immerhin konnten die kommunalen Landesverbände der Finanzministerin noch 50 Mio. Euro abhandeln. Und von den 250 Mio. Euro kommen den Stadt- und Landkreisen noch 20 Mio. Euro direkt zugute als Ausgleich für gestiegene Aufwendungen der Unteren Verwaltungsbehörden. Weitere 30 Mio. Euro sollen den Gemeinden zufließen für die Aufgaben der Flüchtlingsintegration.

Ich glaube, dass es besser gewesen wäre, das Geld gleich der kommunalen Familie zu belassen, statt es mit Verwaltungsaufwand umzuverteilen.

Nun aber zur Situation im Bodenseekreis: Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der in Einnahmen und Ausgaben (Erträge und Aufwendungen) ausgeglichen ist und ohne neue Schulden auskommt. Das sieht also auf den ersten Blick ganz ordentlich aus. Allerdings bedurfte es erheblicher Anstrengungen der Verwaltung, Ihnen dieses Ergebnis zu präsentieren. Nach der Mittelanmeldung durch die Dezernate und Ämter erschien zunächst ein Haushaltsdefizit von über 20 Mio. Euro. In mehreren Runden von Haushaltsgesprächen und schließlich mit der Vorgabe einer pauschalen Kürzung in Höhe von annähernd fünf Mio. Euro können wir das heute vorliegende Werk präsentieren.

Der größte Posten im Ergebnishaushalt ist nach wie vor der Sozialhaushalt. Große Sorgen bereitet mir unverändert die Entwicklung der Kosten im Sozialdezernat, insbesondere bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Der Zuschussbedarf in diesem Bereich ist von 25,1 Mio. Euro im Jahr 2007 auf nunmehr 45 Mio. Euro gestiegen, berücksichtigt man den Finanz- und Sozillastenausgleich, so verbleiben im kommenden Jahr noch 43 Mio. Euro, die vom Landkreis aus Kreismitteln alleine zu tragen sind.

Das Gesamtdefizit im Sozialhaushalt beläuft sich im kommenden Jahr auf 100,1 Mio. Euro und erreicht damit erstmals einen dreistelligen Millionenbetrag. Im Jahr 2011 waren das noch 74 Mio. Euro. Die von uns angesetzte Kreisumlage, zu der ich gleich noch etwas sagen werde, deckt dieses Defizit nur noch zu gerade einmal 87 % ab.

Im Durchschnitt aller baden-württembergischer Landkreise beträgt 2016 die Deckungsquote über 99%. Wir haben nun einmal im Bodenseekreis eine sehr hohe Leistungserbringung in diesem Bereich durch die vielen hoch qualifizierten Einrichtungen. Das schlägt hier zu Buche. Ich glaube nicht, dass wir es uns auf Dauer werden leisten können, derart deutlich hinter dem Durchschnitt der Landkreise zurück zu bleiben.

Bundesregierung und Bundestag haben erklärt, dass die Eingliederungshilfe für Behinderte eine staatliche Aufgabe des Bundes sei. Stellt man diese Aussage auf den Prüfstand der aktuellen Politik, so fallen zwei Punkte ins Auge: zum einen das Fünf-Milliarden-Paket. Der Bund hält Wort, es soll deutlich mehr Geld bei den Trägern der Eingliederungshilfe ankommen. Hierfür wird zunächst der Ausgleich bei den Kosten der Unterkunft (KdU) erhöht. Wir gehen davon aus, dass statt wie bisher gerade einmal ca. 30% künftig rund 50% der KdU bei uns ankommen. Zum anderen wird der Umsatzsteueranteil der Städte und Gemeinden deutlich erhöht. Diesen Umweg musste der Bund aus Gründen des Föderalismus sowie deswegen wählen, weil in den sechzehn Bundesländern höchst unterschiedliche Zuständigkeiten bei der Eingliederungshilfe bestehen. Ich hatte hierauf verschiedentlich hingewiesen. Auf diese Weise erhalten die 23 Städte und Gemeinden im nächsten Jahr rund 5,9 Mio. Euro zusätzliche Mittel. Ich bin den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern im Landkreis ausgesprochen dankbar, dass es nie eine Diskussion darüber gab, dass dieses Geld dem Landkreis zusteht. Nun wäre es relativ einfach, diesen Betrag über die Kreisumlage von den Gemeinden zu holen. Bei genauer Betrachtung zeigt sich aber, dass es dann wegen der zum Teil deutlich unterschiedlichen Entwicklung der Steuerkraftsummen erhebliche Verwerfungen gäbe.

Deshalb wollen wir die Mittelweitergabe an den Landkreis über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag regeln. Den entsprechenden Einnahmebetrag haben wir im Haushalt vorgesehen. Danke für dieses konstruktive Miteinander. Ich hoffe und gehe davon aus, dass dann auch wirklich alle den Vertrag unterschreiben.

Der zweite Aspekt, der beim Betrachten der Bundespolitik ins Auge fällt, ist die Diskussion um das Bundesteilhabegesetz. Wir haben in Deutschland europaweit, vielleicht weltweit mit die beste Versorgung für behinderte Menschen. Dennoch gibt es auch bei uns das eine oder andere zu verbessern. Wenn aber jetzt die Zielsetzung verfolgt wird, den Begriff der Behinderung deutlich auszuweiten und damit auch den Kreis der Berechtigten, dann werden die bisherigen Steigerungen der Sozialkosten peanuts sein. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) geht davon aus, dass dadurch alleine in Baden-Württemberg Mehrkosten in Höhe von 200 Mio. EUR entstehen. Wenn der Bund das alles bezahlt, könnte uns das ja egal sein. Die Erfahrung lehrt allerdings ein anderes: Es bleibt immer auch etwas an uns hängen.

Diese Erfahrung wird jüngst auch wieder bestätigt, allerdings auf Landesebene, nämlich beim Thema Asyl. Vor einem Jahr habe ich meine Haushaltsrede mit diesem Thema begonnen. Von August 2015 bis März 2016 haben wir jeden Monat mehrere hundert Menschen im Bodenseekreis aufgenommen, Höchststand war im Dezember letzten Jahres mit 417 Personen. Seit April sind die Zahlen drastisch gesunken, im August kamen gerade einmal drei Flüchtlinge bei uns an. Mittlerweile kommen wieder deutlich mehr Menschen, im November rechnen wir mit ca. 30 Personen, allerdings mit steigender Tendenz.

Was mir dabei Sorgen macht, ist, dass die Landesregierung ihre im Herbst vergangenen Jahres gegebene Zusage nicht mehr einhält, nur Menschen in die Landkreise zu schicken, bei denen eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie in Deutschland bleiben können.

Das ist bei den jüngst zugewiesenen Menschen aus Afrika zum größten Teil nicht der Fall. Damit steht zu befürchten, dass es wieder zu der altbekannten und unbefriedigenden Situation kommt, dass Menschen monatelang hier sind, Ehrenamtliche und wir uns intensiv um sie kümmern, um dann nach langem Verfahren der Abschiebung oder freiwilligen Ausreise entgegen zu sehen.

Unabhängig davon bin ich im Rückblick aber zunächst einmal einfach dankbar. Ich bin dankbar, dass wir die manchmal kaum zu bewältigende Aufgabe wirklich geschafft haben. Woran lag's? Wir haben nicht gefragt, ob wir das schaffen, sondern wir haben es angepackt. Ich bin dankbar für eine tolle Teamarbeit praktisch über fast alle Ämter des Landratsamts hinweg. Ich bin dankbar für eine unglaubliche Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung im Bodenseekreis. Es war kein Einzelfall, dass wir in einer Unterkunft mehr Ehrenamtliche als Flüchtlinge hatten. Ich bin dankbar, dass wir mit den Städten und Gemeinden einen gemeinsamen Weg gefunden haben, diese Aufgabe zu bewältigen. Und ich bin dankbar, dass der Kreistag uns sein Vertrauen geschenkt und die notwendigen Mittel bereitgestellt hat, um schnell und umfassend helfen zu können. Ich habe immer die Devise vertreten, dass wir uns mit Bund und Land noch lange über Geld werden streiten müssen, dass es uns aber allemal teurer kommt, wenn wir nicht gleich zu Beginn die richtigen Maßnahmen treffen. Was wir im Bodenseekreis geleistet haben, dürfen wir – vielleicht auch mit ein bisschen Stolz – als ziemlich gelungen ansehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einmal ein Thema ansprechen, das uns allen selbstverständlich erscheint, nämlich die Öffentlichkeitsarbeit. Dass sich Anstrengungen und Ressourceneinsatz im Bereich Öffentlichkeitsarbeit lohnen, haben wir während der Flüchtlingskrise zu spüren bekommen: Übersichtlich und aktuell aufbereitete Informationen im Internet, zum Beispiel Ansprechpartner für ehrenamtliche Helfer in allen Gemeinden, gut aufgemachte Printmaterialien für diverse Zielgruppen, professionell moderierte Infoveranstaltungen und nicht zuletzt die Einbindung der Pressestelle in alle wesentlichen Vorgänge haben mit dazu beigetragen, diese enormen Herausforderungen zu bewältigen. Aber auch ohne Asylthematik ist die Notwendigkeit zu kommunizieren und sich um die Zielgruppen zu bemühen ständig gegeben. Es gilt, über Flyer und klassische Pressearbeit hinaus, Informationskanäle zu den Öffentlichkeiten zu schaffen. So ist das Landratsamt seit Jahresbeginn auf Facebook präsent und wahrnehmbar. Der überwältigende Besucherzuspruch, den unser diesjähriges Kreisfamilienfest erfahren hat, ist sicher auch auf die Arbeit mit diesem Kommunikationskanal zurückzuführen. Noch in diesem Jahr wird deshalb parallel dazu ein Auftritt des Landratsamts bei Google Plus dazu kommen. Gemeinsam mit Regio-TV und weiteren Partnergemeinden wurde mit der Magazinsendung 47 NEUN ein medialer Rahmen speziell für kommunale Themen aus dem Bodenseekreis geschaffen. Die Sendung kann übrigens auch regelmäßig über [bodenseekreis.de](http://bodenseekreis.de) angeschaut werden. Schließlich wird derzeit auch die Website selbst gestalterisch und technisch überarbeitet, um sie noch besser für Smartphones und Co. tauglich zu machen. Wie notwendig das alles ist, haben wir gerade wieder am vergangenen Wochenende gesehen, als es darum ging, möglichst schnell und möglichst umfassend über die Probleme mit der Vogelgrippe und dem damit zusammenhängenden Aufstellungsgebot zu informieren.

Und damit zurück zum Asyl und nun zum Thema Geld – wir reden ja schließlich über den Haushaltsplan. Ich habe es ja schon einige Male erwähnt: Die vom Land versprochene Spitzabrechnung heißt noch lange nicht, dass wir alles bekommen, was wir hier an Aufwand haben. Mittlerweile besteht zwar weitgehend Einigkeit bei den Kosten der Unterbringung, der sozialen Betreuung und auch bei den Gesundheitskosten. Was aber definitiv nicht erstattet werden wird, ist der verwaltungstechnische Aufwand, insbesondere also die Personalkosten innerhalb der Verwaltung. Wir rechnen damit, dass wir bis auf absehbare Zeit einen siebenstelligen Betrag aus der Kreiskasse beisteuern werden, konkret im kommenden Jahr sind dies 4,6 Mio. Euro. Wie vom Kreistag gefordert, werden wir Sie hier immer wieder über den Stand der Dinge unterrichten.

Gerne will ich an einem Thema dran bleiben, das nicht unmittelbar mit der Flüchtlingsproblematik zu tun hat, durch diese aber noch drängender geworden ist, nämlich dem Wohnungsbau. Unser Wohnungsbaugipfel hat vor allem ein Ergebnis gebracht: Wenn nicht die öffentliche Hand Grundstücke zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellt, dann wird es nicht möglich sein, günstigen Wohnraum neu zu bauen. Und wenn günstiger Wohnraum errichtet werden soll, müssen wir aufpassen, dass kein Sozialneid und auch keine „Einfachsiedlungen“ entstehen. Also: nicht nur Wohnungen für Flüchtlinge, und nicht nur Häuser für Geringverdiener. Der Landkreis beteiligt sich aktuell an einem Modellvorhaben in Meckenbeuren. Auch der Ansatz eines „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“ wie er in der Stadt Ravensburg verfolgt wird, ist interessant.

Vermutlich ist das vor allem eine Sache der Städte und Gemeinden, aber ich werde den Eindruck nicht los, dass hier bei uns noch zu wenig läuft.

Anderes Thema: Entgegen meiner Gewohnheit, zur Kreisumlage erst am Ende meiner Haushaltsrede etwas zu sagen, will ich schon jetzt darauf eingehen. Das hat einen einfachen Grund: Ich habe Ihnen im vergangenen Jahr versprochen, dass wir für den Haushalt 2017 als Grundlage zunächst einmal von dem Kreisumlagehebesatz ausgehen, wie er vor dem „Acht-Millionen-Deal“ bestand. Sie erinnern sich: Um die Städte und Gemeinden durch die Umstellung auf die Doppik nicht über Gebühr mit einer Kreisumlagenerhöhung zu belasten, hatten wir im Dezember 2015 rückwirkend die Kreisumlage auf 27,5 Prozentpunkte gesenkt, sie aber gleichzeitig für 2016 auf 33,4 Prozentpunkte erhöht. Im Schnitt sind wir damit bei den vorherigen 30,5 Prozentpunkten geblieben. Das war also auch Maßgabe für den vor Ihnen liegenden Entwurf. Allerdings haben sich im laufenden Jahr einige Veränderungen ergeben, die den Kreishaushalt belasten. Da ist zunächst einmal die Steuerkraftsumme im Landkreis. Entgegen dem landläufigen Trend ist diese gesunken, sodass sich für den Landkreis Mindereinnahmen in Höhe von über 1,6 Mio. Euro ergeben. Zum zweiten hat der Kreistag angeboten, die Gesellschaftsanteile der Städte und Gemeinden an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis (WFB) zu übernehmen. Dieses Angebot haben alle kommunalen Gesellschafter aus dem Landkreis angenommen. Wir hatten beschlossen, dass die dadurch entstehenden Mehraufwendungen über die Kreisumlage finanziert werden sollen. Wir haben beschlossen, dass wir uns am Regionalen Innovations- und Technologiezentrum RITZ im Fallenbrunnen beteiligen. Und schließlich verbleibt dem Landkreis trotz des Fünf-Milliarden-Pakets des Bundes eine deutliche Mehrbelastung im Sozialhaushalt.

Deshalb schlage ich Ihnen einen neuen Kreisumlagehebesatz von 32 Prozentpunkten vor. Damit senken wir den bestehenden Hebesatz also um 1,4 Prozentpunkte – von der gedachten Mittellinie von 30,5 Prozentpunkten aus ergibt sich allerdings eine Erhöhung.

Was machen wir mit dem Geld? Wir reden immer davon, dass der wirtschaftliche Wohlstand, der in unserem Landkreis herrscht, das Ergebnis der Arbeit der Menschen und Unternehmen im Landkreis ist, dass wir als Kommunalpolitiker aber dafür Rechnung tragen müssen, dass die Rahmenbedingungen gegeben sind. Und dort, wo sie nicht gegeben sind, müssen wir sie verbessern. Ein Blick in den Haushaltsplanentwurf zeigt, dass das nicht nur politisches Gerede ist, sondern dass der Landkreis sich genau dieser Aufgabe stellt. Wir schaffen oder verbessern die Infrastruktur im Landkreis auf ganz vielen verschiedenen Gebieten: in den Schulen, bei Straßen und im öffentlichen Nahverkehr, bei der Breitbandversorgung und den Radwegen.

Stichwort Breitbandversorgung: wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Mit „kom.pakt.net“ ist die erste große kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts in Baden-Württemberg gegründet worden. 231 Gemeinden und acht Landkreise im südöstlichen Teil unseres Landes haben sich zusammengeschlossen, um eine Marktmacht im Wettbewerb um die beste Versorgung zu bilden. Es geht darum, möglichst flächendeckend die Bevölkerung mit FTTB-Technik (fiber to the building) zu versorgen, also Glasfaser in jedes Haus zu legen. Nach intensiven Vorarbeiten sind wir jetzt kurz vor der Vergabe der Planung. Dabei ist es Aufgabe des Landkreises, das sogenannte backbone – also das Rückgrat des Glasfasernetzes in Form der gemeindeverbindenden Leitungen – zu planen, während die Gemeinden für das Verteilnetz zuständig sind.

Dafür sieht der Haushaltsplan rund eine Mio. Euro vor. In nicht allzu ferner Zukunft wird dann auch die Frage auf uns zukommen, wer letztlich baut. Hier gibt es unterschiedliche Lösungen in Landkreisen, die schon deutlich weiter sind als wir: Zweckverbände mit oder ohne Landkreis, eigene Gesellschaften, der Landkreis mit einer Finanzierung über die Kreisumlage. Leider sind im Gegensatz zu anderen Landkreisen nicht alle Städte und Gemeinden im Bodenseekreis kom.pakt.net beigetreten. Der eine oder andere ist, wie erst jüngst wieder in den Medien zu lesen war, der Versuchung erlegen, den Vectoring-Angeboten eines großen Marktplayers zu folgen. Diese Technik ist nach Aussage aller Fachleute allenfalls eine vorübergehende Notlösung und wird in wenigen Jahren veraltet sein. Vor allem gefährdet eine solche Vorgehensweise aber eine gemeinschaftliche Lösung im Landkreis und damit eine flächendeckende Versorgung unserer Bevölkerung. Davor kann ich nur noch einmal deutlich warnen.

Im Bereich der Schulen liegt der Schwerpunkt der Investitionen im kommenden Jahr beim Bildungszentrum Markdorf (BZM). Wir halten unser Versprechen: Wenn die Schulen, hier konkret Werkrealschule und Realschule, zusammen finden, dann investiert der Landkreis als Schulträger, damit die neu entstandene Verbundschule und später die „Realschule neu“ in eine gute Zukunft durchstartet. Die Sanierung der alten Sporthalle und die Erneuerung der naturwissenschaftlichen Räume sowie Verbesserungen an der Beleuchtung schlagen im kommenden Jahr mit mehr als einer Mio. Euro zu Buche – weitere Millionenbeträge sind in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Damit wollen wir auch den Weg bereiten, das Bildungszentrum – und wenn möglich wirklich das gesamte BZM – wieder in eine gemeinsame Trägerschaft der Stadt Markdorf zu bringen. Und: Lieber Herr Bürgermeister Riedmann, das wird entgegen Ihrer Befürchtung in Ihrer Ansprache bei der Martini-Sitzung der Narrenzunft – kein Danaergeschenk sein. Vielmehr werden wir in gewohnter Partnerschaft zu einer guten Lösung finden.

Bei den Investitionen ragt im kommenden Jahr besonders der Straßen- und Radwegebau heraus. Die Südumfahrung Kehlen macht Fortschritte. Der Wegweiser am neuen Kreisverkehr an der B 30 steht ja schon, jetzt muss nur noch die Straße fertig werden. Zweieinhalb Mio. Euro im kommenden und rund zehn Mio. Euro in den Folgejahren sind dafür vorgesehen.

Dringend erneuerungsbedürftig ist die Kreisstraße zwischen Leustetten und Frickingen. In diesem Sommer sind nach einem Starkregen zwei Fahrzeuge in eine Gerölllawine gefahren. Eineinhalb Mio. Euro wird diese Maßnahme kosten. Auch die Kreisstraße zwischen Ahausen und Grasbeuren soll verbessert werden durch einen Ausbau (Linienoptimierung und Verbreiterung) der K7782 auf einer Länge von rd. 640 m. Dazu kommt aus dem Radwegeprogramm der Bau eines Radfahrstreifens und einer Überquerungshilfe.

Rund zwei Mio. Euro wird der Landkreis in Radwege investieren. Zu nennen sind dabei als größte Maßnahmen die Anlage eines Geh- und Radwegs entlang der K 7760 (Bauabschnitt I) zwischen Bermatingen-Ahausen und Buggensegel, der Bau einer Überquerungshilfe mit Anlage eines Geh- und Radweges entlang der K 7782 am nordwestlichen Ortsausgang von Bermatingen-Ahausen sowie die Anlage eines Geh- und Radweges zwischen Meersburg / Baitenhausen und Abzweig Schiggendorf (K 7749). Dazu kommt eine ganze Reihe weiterer kleinerer Maßnahmen.

Das vor der Sommerpause beschlossene Radwegekonzept ist also kein Papiertiger, der in der Schublade verschwindet. Wir setzen um!

Bei der Südumfahrung Markdorf gehen wir davon aus, dass der Verwaltungsgerichtshof der Nichtanhörungsbeschwerde nicht stattgibt. Wir haben mittlerweile beim Land den Antrag auf Bezuschussung der Maßnahme im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) gestellt. Vorgesehen ist im kommenden Jahr die Ausführungsplanung sowie der Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Markdorf.

Bei der Ortsumfahrung Kluftern erwarte ich den Abschluss des Mediationsverfahrens spätestens Ende März, der runde Tisch zur Umfahrung Schnetzenhausen holperte anfangs etwas, hat aber mittlerweile zur konstruktiven Zusammenarbeit gefunden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, der Landkreis nimmt seine Hausaufgaben aus dem Planfall 7.5 ernst. Und der Bund auch: Die Ortsumfahrungen von Friedrichshafen und Überlingen sind im Bau, die von Meckenbeuren und Hagnau in der Planung. Und das Land? Im Landesstraßenbauprogramm ist ja eine einzige Maßnahme an Landesstraßen enthalten, nämlich der Ausbau der L 205 im Deggenhausertal vom Ortsausgang Urnau Richtung Wittenhofen auf einer Länge von ca. einem Kilometer. Das sollte 2015/16 passieren. Haben Sie schon etwas gesehen? Ich nicht. Nicht enthalten sind die Ortsumfahrungen von Bermatingen und Salem-Neufrach, hier machen aber die Nebenabreden zur Koalitionsvereinbarung der Landesregierung Hoffnung.

Auf der Schiene kommen wir langsam aber stetig voran: Die Finanzierungsvereinbarung für die Südbahn steht.

Offensichtlich ist gerade ein Streit ausgebrochen, wer als erster den Spatenstich für die Maßnahme verkünden darf. Wie dem auch sei: Die Elektrifizierung kommt – und über die Frage, ob sie nun 2021 oder 2022 fertig sein wird, ereifere ich mich nicht.

Wir haben jahrzehntelang gewartet, jetzt kommt's auf ein paar Monate auch nicht mehr an. Ich hoffe allerdings, dass wir dann auch bald Klarheit bekommen, wann das Land gedenkt, welche Verkehre auf welchen Strecken auszuschreiben. Das ist entscheidend für die Zukunft der BOB.

Für die Bodenseegürtelbahn liegt jetzt endlich das überarbeitete sma-Gutachten vor, jedenfalls im Entwurf. Wir wollen das Gutachten, das wir eigentlich schon im Herbst haben wollten, zeitig im neuen Jahr im Kreistagsausschuss für Nahverkehr, dann der Interessengemeinschaft Bodenseegürtelbahn und dann der Öffentlichkeit einschließlich der Initiative Bodensee-S-Bahn vorstellen. Ob unsere Initiative, die Bodenseegürtelbahn doch noch in den Bundesverkehrswegeplan zu bekommen, auf fruchtbaren Boden stößt, vermag ich noch nicht endgültig zu beurteilen. Aber egal, was letztlich raus kommt: es wird dann der Kampf um Planung und Finanzierung beginnen.

Auch auf einem ganz anderen Gebiet verbessern wir mit Millionenbeträgen die Infrastruktur für die Bevölkerung unseres Landkreises, nämlich bei der Abfallbeseitigung. Die Erweiterung der Deponie Weiherberg in Friedrichshafen, die Fertigstellung der Deponie Füllenwaid in Überlingen und der Quasi-Neubau des Wertstoffhofes in Ailingen, sichern die Zukunft der Entsorgung im Bodenseekreis.

Dass wir heute unter einem anderen Tagesordnungspunkt gerade beschlossen haben, die Abfallgebühren konstant zu halten, ist noch einmal einer ganz besonderen Erwähnung wert. Mir ist kein anderer Landkreis bekannt, dem es gelungen ist, über ein Vierteljahrhundert hinweg seine Gebühren auf dem gleichen Niveau zu halten. Kompliment an die Kollegen, die dafür gesorgt haben!

So ganz auf fruchtbaren Boden ist ein anderes Angebot des Landkreises noch nicht gefallen: ich rede von der Gästekarte, die wir über unsere Beteiligung bei der Deutschen Bodenseetourismus GmbH machen wollen. Ich nehme die Befürchtungen einiger Gastgeber bei uns im Landkreis ernst, die mit ganz unterschiedlichen Begründungen der Gästekarte gegenüber skeptisch sind. Die mittlerweile fast unzähligen Informationsveranstaltungen haben bislang offenbar noch nicht gereicht, alle zu überzeugen. Wir werden das Winterhalbjahr nutzen, weiter zu informieren. Konkrete Vorschläge der Kritiker haben wir ja bereits aufgenommen, hier nenne ich nur die künftig mögliche Fahrradmitnahme – danke an den Verkehrsverbund bodo. Allerdings wäre es mir schon recht, wenn wir wieder ein bisschen mehr auf den Boden einer rationalen Diskussion zurückkommen könnten.

Lassen Sie mich noch einmal zur „großen Politik“ kommen, dieses Mal zur internationalen Finanzpolitik – allerdings mit ganz konkreten Auswirkungen auf den Bodenseekreis. Ich bin weder Volks- noch Betriebswirt: aber was der Chef der Europäischen Zentralbank mit seiner Null-Prozent-Zins-Politik betreibt, kann ich nur mit der Tätigkeit eines Hasardeurs auf höchstem Niveau umschreiben. Angeblich will Herr Draghi ja die südeuropäischen Staaten dabei unterstützen, ihrer Schuldenlast zu entkommen.

Das Gegenteil ist der Fall: Solange die Staatsschulden in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien dank nicht vorhandener Zinsen nichts kosten, fehlt der Druck, die nötigen Reformen umzusetzen. Und die Tatsache, dass die EZB Geld in Unmengen in den Markt pumpt, werden wir alle einmal zu bezahlen haben. Was hat das alles mit dem Bodenseekreis zu tun?

Zunächst einmal erleben wir vermeintlich Positives: Da es nichts mehr bringt, sein Geld auf der Bank anzulegen, fließen die Gelder in den Immobilienmarkt.

Folge sind immer weiter steigende Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer, wir haben diese auf einem Rekordniveau von 18 Mio. Euro im Haushalt 2017 veranschlagt. Allerdings spricht nicht nur Bundesfinanzminister Schäuble von der Gefahr einer Immobilienblase. Irgendwann wird hier ein Richtungswechsel stattfinden - hoffen wir, dass der Ansatz im kommenden Jahr erreicht wird.

Negativ macht sich diese Politik aber an anderer Stelle bemerkbar. Die Finanzverwaltung hat alle Hände voll zu tun, möglichst zu vermeiden, dass wir auf der Bank eine sogenannte Verwahrgebühr bezahlen müssen, etwa wenn die großen Abschlagszahlungen des Landes bei uns ankommen. Aber auch die Sparkassen – der Bodenseekreis ist ja Mitträger der Sparkasse Bodensee – haben kräftig zu kämpfen. Die Nullzinspolitik führt bei allen Banken dazu, dass sie äußerste Kraftanstrengungen unternehmen müssen, um die von der EZB geforderten Eigenkapitalanforderungen zu erreichen. Sparmaßnahmen treffen, wie immer wieder in den Medien zu lesen ist, vor allem die Mitarbeiter. Vielleicht will Herr Draghi ja auf diese Weise doch noch erreichen, was ihm bislang misslungen ist: nämlich das dritte Standbein des deutschen Finanzsystems, die Volksbanken und Sparkassen, doch noch vom Markt zu bringen.

Dabei ist doch gerade mit darauf zurückzuführen, dass Deutschland die Finanzkrise der Jahre 2008 fortfolgende besser überstanden hat als andere Länder. Und schließlich macht sich diese Politik auch bei unserer größten Beteiligung, nämlich den OEW bzw. der EnBW bemerkbar. Die EnBW hat mittlerweile Milliardenbeträge in die Pensionsrückstellungen einbringen müssen – Geld, das an anderer Stelle fehlen wird, sei es bei Investitionen oder auch bei Ausschüttungen an die Eigentümer. Jedenfalls gebe ich unserem Antrag auf Ausschüttung von OEW-Geldern an die Landkreise aufgrund der aktuellen Entwicklung keine allzu großen Chancen.

Die Verbandsversammlung der OEW wird hierüber Anfang Dezember entscheiden. Um der Wahrheit und Klarheit der Haushaltsführung gerecht zu werden, haben wir hier keine Einnahmen im Entwurf des Haushaltsplans vorgesehen.

Lassen Sie mich abschließend zwei Punkte ansprechen, die das Landratsamt und die Kreisverwaltung selber betreffen und eng zusammen hängen. Das ist zum einen die Personalentwicklung und zum anderen die räumlichen Gegebenheiten des Hauses. Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei Ihnen, meine Damen und Herren Kreisräte, für Ihr Vertrauen in Sachen Personalpolitik bedanken. Sie haben bei der großen Diskussion dieses Themas vor der Sommerpause nicht die einzelnen von uns vorgeschlagenen und erbetenen Stellen diskutiert, sondern den Beschluss gefasst, die Personalkosten – ohne den Bereich Asyl – auf 50 Mio. Euro zu deckeln. Das gibt uns in der Verwaltung eine große Flexibilität. Danke dafür! Wir halten diesen Deckel auch im kommenden Jahr, obwohl die Personalverwaltung gewisse Bedenken angemeldet hat – aber: versprochen ist versprochen! Im Gegenteil: Der Personalkostenansatz ist sogar um 17.000,- Euro niedriger als im Vorjahr.

Das heißt, dass wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt haben und 1,1 Mio. Euro Tariferhöhungen und 1,1 Mio. Euro der Kosten von zusätzlichen Stellen einzusparen. Wir hoffen, dass wir aufgrund von rückläufigen Flüchtlingszahlen das Personalkontingent nicht voll ausschöpfen müssen. Es sei aber auch der Hinweis erlaubt, dass immerhin rund 35 % unserer Personalkosten direkt von Bund und Land gegenfinanziert sind, also nicht über den Finanzausgleich, sondern wirklich konkret. Als Beispiel nenne ich etwa die vom Bund finanzierten Ausgabe im Jobcenter oder die vom Land geleisteten Zuschüsse bei der Bildungsregion oder dem Pflegestützpunkt. Netto liegen wir also nicht bei 50 Mio. Euro Personalkosten, sondern bei etwas über 34 Mio. Euro.

Das Wachstum unserer Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern ist bedingt durch die ständig wachsenden Aufgaben. Als Beispiel will ich nur die vom Gesetzgeber geforderten Anforderungen an die Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen im Jugendamt nennen.

Als dieses Gebäude nach der Verwaltungsreform Ende 2006 bezogen wurde, hatten wir hier am Hauptstandort des Landratsamtes in unseren drei Gebäuden 762 Mitarbeiter, heute sind es 877. Dabei gibt es Ämter, die deutlich weniger Mitarbeiter als vor zehn Jahren haben – etwa das Vermessungsamt – und andere sind ganz erheblich gewachsen, so etwa das neue Amt für Migration und Integration (AMI). In einem rund zweijährigen Prozess, der innerhalb des Hauses erhebliche Unruhe erzeugt hat, haben wir es geschafft, einen Plan zu entwickeln und in Teilen auch schon umzusetzen, die vorhandenen Raumkapazitäten auf die Ämter einigermaßen gerecht zu verteilen. Nicht jede Kollegin oder Kollege, der Teilzeit arbeitet, hat künftig mehr einen eigenen Arbeitsplatz, sondern wird ihn mit anderen teilen müssen.

Und die allermeisten, die bisher alleine in einem Zimmer saßen, teilen ihr Büro künftig mit mindestens einem Kollegen oder Kollegin. Gehen wir davon aus, dass der Gesetzgeber auch künftig mit einer gewissen Phantasie uns neue Aufgaben zuweisen wird, wie das in der Vergangenheit der Fall war, dann können wir mit der jetzigen Situation noch vier oder fünf Jahre klar kommen. Das heißt, dass wir bis spätestens dahin nicht nur wissen müssen, wie es am Standort hier weiter geht, sondern bereits eine Lösung haben müssen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe hat der Kreistag eingesetzt, wir arbeiten daran.

Damit lege ich Ihnen den Entwurf des Haushaltsplans zur Beratung vor und bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit an demselben, natürlich allen voran bei der Kämmerei, aber auch bei allen Dezernaten, die gegenüber der ursprünglichen Mittelanmeldung erheblich reduzieren mussten. Und bei Ihnen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

Friedrichshafen, den 15. November 2016

Lothar Wölfle, Landrat